

„Pioniere der Gentrifizierung“

... oder Keimzellen des Widerstands? Anna Hirschmann und Raphael Kiczka

Zwischennutzungen von Leerstand werden kontrovers diskutiert. Oft wird gerade bei Kunst- und Kulturprojekten kritisiert, sie würden die neoliberale Umstrukturierung der Stadt letztlich fördern. Wenn Projekte es aber schaffen, sich auf der Ebene der Lebensrealitäten ihrer Nachbarschaft mit dieser zu vernetzen, können sie durchaus potenziellen Widerstand fördern.

Zwischennutzungen von Leerstand werden kontrovers diskutiert. Oft wird gerade bei Kunst- und Kulturprojekten kritisiert, sie würden die neoliberale Umstrukturierung der Stadt letztlich fördern und durch das Eingehen zeitlich begrenzter Nutzungsverhältnisse zur Prekarisierung des Lebens beitragen. Somit wird Zwischennutzungsprojekten oft jeder emanzipatorische Charakter abgesprochen. Wenn Projekte es aber schaffen, sich auf der Ebene der Lebensrealitäten ihrer Nachbarschaft mit dieser zu vernetzen und eine gemeinsame Praxis zu etablieren, können sie durchaus potenziellen Widerstand gegen die Zwänge der Stadtentwicklung von oben fördern.

Das (un)geliebte Modell der „kreativen Stadt“

Das Konzept der „kreativen Stadt“ ist ein gehyptes Erfolgsversprechen, das dem Unternehmen Stadt zu Prosperität und internationaler Wettbewerbsfähigkeit verhelfen soll. Zur Verbesserung harter und weicher Standortfaktoren, die die private Kapitalakkumulation stimulieren sollen, zählt unter anderem die Bindung der quantitativen, qualitativen und kostengünstigen Arbeitskraft der Wissensarbeiter_innen und der kaufkräftigen höheren Einkommensschichten an die Stadt. Deren Vorstellung vom „guten Leben“ findet sich in einer Stadtplanung wieder, die durch Gentrifizierung, Privatisierung und Reorganisation öffentlichen Raumes gleichzeitig die Präsenz niedrigerer Einkommensschichten und unerwünschter sozialer Konflikte in die Peripherie verdrängt. In diesem Modell trägt das Kulturschaffen existentiell zu der gewünschten Bindung bei.

Kunst- und Kulturschaffende werden als Idealtypus des „Ich-Unternehmers“ imaginiert, der selbstorganisiert, zu 100 Prozent auf eigene Rechnung, am liebsten ohne staatliche Absicherung und trotzdem hochmotiviert Kulturgüter entwickelt und unter die Menschen bringt. Begleitet wird dessen Treiben von weiteren Arten von prekärer Arbeit und Aktivität, die insgesamt ein florierendes Bild ergeben. Im Wunschdenken von Städteplaner_innen und Politiker_innen muss dieses Bild nur in der Stadt gesät werden, um ein in ihrem Sinne bis dato wenig interessantes oder wenig genutztes Viertel aufzuwerten. Nach der „kreativen Belebung“ ziehen dann solidere Gewerbe und solventere Mieter_innen ein, Weiterentwicklung in der Wertsteigerung des Raumes ist nach oben offen, so die These.

Im Zusammenhang mit Leerstand wird die Konstruktion der „kreativen Stadt“ und der selbstausbeuterischen Kreativschaffenden oft als Argumentation gegen Zwischennutzungen verwendet. Undifferenziert wird *den Kreativen* vorgeworfen, zwangsläufig und unvermeidbar Gentrifizierungspionier_innen zu sein oder

zu werden. Dieser verkürzte Schluss verhindert eine präzise Auseinandersetzung mit dem durchaus ambivalenten Potenzial von Zwischennutzungen und dadurch das Erkennen und Stärken von möglichen widerständigen Strategien.

Unter den gegebenen Umständen

Eine Zwischenutzung ist nicht auf Permanenz und Verbindlichkeit angelegt und damit grundsätzlich prekarisierend für die Nutzer_innen. Eine prinzipielle Forderung im Zusammenhang mit Leerstand sollte die langfristige Freigabe dieses Raumes sein, zum Beispiel in Form einer Vergemeinschaftung. Leerstand entblößt ein marktwirtschaftliches Scheitern in der städtischen Produktion und im Handel oder die kapitalistische Ausbeutungsstrategie der Spekulation. An leerstehenden Gebäuden lassen sich Wertschöpfungs- und Herrschaftskritiken verorten und konkret argumentieren. Die Forderung nach Nutzung eines bestimmten Raumes bringt Menschen zusammen. In der Auseinandersetzung darum wird aus den einzelnen ein gemeinsames Interesse, und die als abstrakt empfundenen Verhältnisse können an konkreten Problemen behandelt werden. An einem begehrten Ort realisiert, bindet und konzentriert sich der (Mit-)Gestaltungswille der Menschen an *ihrer* Stadt. Der Prozess beinhaltet damit an sich schon emanzipatorische Anteile. Darüber hinaus aber sind ein Bewusstsein der Handelnden und eine reflektierte Positionierung im Kampf um den städtischen Raum als Lebensgrundlage maßgeblich.

Um entgegen einer Verdrängung zu wirken, sollte sich ein Zwischennutzungsprojekt in bestehende lokale gemeinschaftliche Strukturen einbinden und das Hereintragen von „höheren“ und teureren Standards in's Viertel unbedingt vermeiden. Sucht ein Projekt hingegen eigentlich den wirtschaftlichen Anschluss an irgendeinen Markt, zum Beispiel den Kunstmarkt, und nutzt die günstige Miete als Produktionsvorteil, trägt es sicherlich zur Gentrifizierung bei. Jedes Projekt bringt wahrscheinlich eine Belebung und eine Veränderung mit sich. Es wird dann Widerständigkeit gegen die neoliberalen Interessen der Stadt und gegen deren Prekarisierungsstrategien geschaffen, wenn sich in der Vernetzung mit der direkten und erweiterten Nachbarschaft auch eine solidarische Alltagspraxis entwickelt. Greift ein Projekt historische, politische und soziale Gegebenheiten vor Ort auf und kann damit an Bedürfnisse einer Nachbarschaft direkt anknüpfen, kann es auch in sehr kurzer Zeit zu einem wichtigen Anlaufpunkt werden. Es geht darum, Solidarität in den alltäglichen Belangen des urbanen Lebens zu entwickeln. Zum Beispiel in Bezug darauf, das Leben mit wenig Geld zu gestalten. Hier ließen sich wichtige Bündnisse bilden, durch die gemeinsam für das Wohlbefinden aller besser gesorgt ist, als das jede_r für sich tut.

Viele Kunst- und Kulturschaffende – wie auch andere kleine Selbstständige, Pensionist_innen und vom Arbeitsmarkt ganz Ausgeschlossene – sind auf einen

preiswerten Wohn- und Arbeitsraum angewiesen. Allgemeine Mietpreissteigerung, Abschaffung der Kategorie D Wohnungen und der städtischen Mietzinsregulierung, wie auch die Verteuerung der Lebensmittel und des Zugangs zu Kultur sind zum Beispiel gemeinsame Konfliktfelder. Entlang von konkreten Lebensrealitäten und strukturellen Bedingungen entsteht eher eine kollektive politische Kraft als entlang von intellektuellen oder kulturellen Vorlieben.

In Wien

Ein Beispiel für eine Verschränkung von kurzfristigen und „lebenslangen“ Interessen, privaten, politischen, sozialen und öffentlichen Belangen ist die Zwischennutzung in der Mühlfeldgasse 12 im 2. Bezirk. Die Nutzung umfasst nicht nur das große Ladenlokal, sondern auch einige im Haus leerstehende Wohnungen. Die spezielle Situation wurde hergestellt durch die Einladung der Hauseigentümer an Personen aus dem Umfeld der Pankahytt, das Haus als Winterquartier zu nutzen. Im Haus befanden sich zu der Zeit noch drei reguläre Mietparteien, die vom Geschäftsgebaren der Eigentümer (immer noch) stark unter Druck gesetzt werden. Gentrifizierungs-typisch soll der Altbau luxussaniert und in Form von Eigentumswohnungen weiterverkauft werden. Die Altmiet_innen mit sehr günstigen Mietkonditionen und unbefristeten Mietverträgen stehen dem im Wege. Darum wurden und werden sie eingedeckt mit fraglichen Kündigungen, Anzeigen und Angriffen auf das alltägliche Leben (ausführliche Infos und Pressespiegel unter: pizza.noblogs.org).

Im Laufe der gemeinsamen Zeit der Altmiet_innen und der Zwischennutzer_innen entwickelten sich Zuneigung und Vertrauen über die geteilte Kritik an den Hauseigentümern und darüber eine gemeinschaftliche Abwehr gegen deren brachiale Versuche, das Haus bestandsfrei zu machen. Nutzer_innen und Altmiet_innen halten über das Vertragsende der Zwischennutzung hinaus an der solidarischen Praxis der Verteidigung ihres Hauses fest. Ein sozialer Konflikt wird an der städtischen Oberfläche sichtbar gemacht. Mit Volksküche, Veranstaltungen und Textarbeit ist in der Pizzeria ein Raum der Öffentlichkeit entstanden, der die Auseinandersetzung um die Mühlfeldgasse 12 nach außen trägt. Es gibt eine wienweite Vernetzung entlang des Themas Miete und Verdrängung. Monatlich finden „Die scheiß Miete ist zu hoch“-Demos statt, und eine Textsammlung zum Thema gemeinsam mit der *Augustin*-Redaktion ist geplant. Das Vorgehen der Eigentümer wird öffentlich kritisiert und die Frage nach einem Recht auf bezahlbaren Wohnraum diskutiert.

Sichtbarkeit ist eine Qualität, durch die Orte politisch über sich hinaus wirken können, und gleichzeitig das Moment, in dem die Instrumentalisierung auch gegenhegemonialer und gegenkultureller Projekte möglich wird. Umgekehrt muss die „kreative Stadt“ diesen Projekten Öffentlichkeit gewähren, wenn sie sie für ihre Zwecke hernehmen will.

Ein Kommentar der Bezirksgrünen gegenüber den Nutzer_innen zeigt exemplarisch die ökonomisierte Haltung der Stadtpolitik zum Thema Wohnen und ihr Verständnis vom Sinn von Leerstandnutzung: Auch wenn man die Gründe zu

bleiben und die Auseinandersetzung prinzipiell verstehen könne, fordere man auf zu gehen, damit die Zwischennutzung „erfolgreich“ sei. Erfolgreich hieße im Sinne der „Kreativen Stadt“ die reibungslose Abwicklung des Lückenfüllens, damit sich das private Kapital nicht auf den Schlips getreten fühlt; damit es sich sogar sozial und großzügig geben kann, und sich nicht weiter verantwortlich fühlen muss. Für die Stadt würden dabei die scheinbare Befriedung und die *gelungene* Integration der Widerständigkeit herauspringen.

Der Glaube an die „kreative Stadt“ eröffnet den Verhandlungsraum, in dem eine undefinierte *Zwischennutzung* einen Aktionsspielraum für emanzipatorische urbane Praxis herstellen kann. Dessen zu überwindende Grenzen werden gesetzt durch die ökonomischen Interessen des Unternehmens Stadt.

Interdependenz

Auf der öffentlichen Oberfläche des Diskurses wird die Forderung nach Gestaltungsspielraum und Beteiligung gerne aufgenommen: Ein *call for ideas* ist so ein Instrument, welches Menschen *kreativ* an der Problemlösung der unternehmerischen Stadt *beteiligen* will. So kann die rotgrüne Regierung ein Leerstandsmanagement, welches im Grunde eine Wirtschaftsförderung ist, ebenfalls als „Stadtgestaltung von unten“ bezeichnen, ohne sich auch nur ein kleinstes Bisschen um die grundsätzlichen Probleme der Masse ihrer Mitbewohner_innen zu kümmern. Genau betrachtet bringen die grundsätzlichen Anliegen – die da heißen Wohnen, Essen und Arbeiten – eine generelle Kritik am Eigentum (an Wohnraum) und am Wirtschaftssystem hervor, welche sich kein Staat und keine Stadtregierung anhören will. Eine ernstgemeinste Stadtgestaltung von unten sollte genau diese Belange der Stadtbewohner_innen als Fluchtpunkte setzen und sichtbar machen.

Sichtbarkeit ist eine Qualität, durch die Orte politisch über sich hinaus wirken können, und gleichzeitig das Moment, in dem die Instrumentalisierung auch gegenhegemonialer und gegenkultureller Projekte möglich wird: Umgekehrt muss die „kreative Stadt“ diesen Projekten Öffentlichkeit und Zugänglichkeit gewähren, wenn sie sie für ihre Zwecke hernehmen will. Aus dieser gegenseitigen Abhängigkeit ergibt sich eine spezielle architektonische Notwendigkeit. Für Zwischennutzungen eignen sich genau die Räume, die an der Schwelle zwischen privatem und öffentlichem Bereich der Stadt liegen. Damit sind sie prädestiniert für die Vermischung und Verschränkung von als privat konstruierten und öffentlichen Belangen. Sie sind sehr geeignet als Orte, die gegen Entfremdung und Fragmentierung als Unterdrückungsmechanismen wirken können – allerdings nur, wenn sie auch so genutzt werden. *

Anna Hirschmann und Raphael Kiczka
sind aktiv bei *Platzda!*?
(www.platzda.net) und kümmern sich bei der IG Kultur Wien um die Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Leerstand, damit sich eine „Stadtgestaltung von unten“ auch aktiv Raum im Blätterwald nimmt.